

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0435/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 27.05.2022
		Verfasser/in: FB 61/010 // Dez. III
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.04.2022, öffentlicher Teil		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
02.06.2022	Planungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 07.04.2022, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift vom 07.04.2022, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.04.2022
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Konferenzraum 1, EUROGRESS AACHEN, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

Anwesende:

Ratsherr Johannes Hucke

Bürgermeister Norbert Plum

Ratsherr Christoph Allemand

Ratsherr Harald Baal

Ratsherr Marc Beus

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsherr Wolfgang Palm

Ratsherr Carsten Schaadt

Ratsfrau Astrid Vogelheim

Herr Oliver Bode

Vertretung für: Herrn Alexander Gilson

Frau Maria Dörter

Herr Ernst-Rudolf Kühn

Herr Marcel Triebels

Vertretung für: Herrn Dieter Müller

Herr Jan Frieders

Herr Tobias Küppers

Herr Peter Schiefer

Herr Ralf Demmer

Abwesende:

Herr Alexander Gilson entschuldigt

Herr Dieter Müller entschuldigt

von der Verwaltung:

Frau Burgdorff Dez. III

Frau Clemens FB 63

Herr Frankenberger FB 56

Herr Jansen Dez. III

Frau Ohlmann FB 61

Frau Strehle FB 61

als Gäste:

Frau Bekaan Bereichsvorstand Bau des UKA

Herr Vogt Geschäftsführer SEGA

als Schriftführerin:

Frau Vohn FB 61

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2022 und 10.03.2022, öffentlicher Teil**

- 3 **Aktuelle Vorhaben und Projekte des UKA**
hier: Bericht durch Frau Heike Bekaan (Bereichsvorstand Bau und Brandschutz)

- 4 **Bewerbung der Stadt Aachen für die EU-Mission „100 Climate-Neutral and Smart Cities by 2030“**
Vorlage: FB 36/0140/WP18

- 5 **Sachstandbericht Beteiligung Aachens als Standort für die Internationale Bau- und Technologieausstellung (IBTA); (TO-Antrag der GRÜNE Fraktion vom 20.12.2021 / GRÜNE-Ratsantrag Nr. 18/2021 vom 20.04.2021)**
Vorlage: FB 02/0126/WP18

- 6 **Handlungskonzept Wohnen**
Vorlage: FB 56/0164/WP18

- 6.1 **Ergänzende Anlage zum Handlungskonzept Wohnen**
Vorlage: FB 56/0170/WP18

- 7 **Standortentwicklung Schleidener Straße | Ecke Montebourgstraße in Walheim;**
hier: Sachstandsbericht | Kooperation mit der RWTH Aachen | Ergebnis des Studierendenwettbewerbs
Vorlage: FB 61/0355/WP18

- 8 **Altstadtquartier Büchel**

hier: Variantendiskussion

- 9 **Bebauungsplan Nr. 997 -Kurbrunnenstraße/Bachstraße-**
hier:
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0353/WP18
- 10 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 992 - Roermonder Straße / Rütscher Straße -**
hier:
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB
- Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0356/WP18
- 11 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1002 - Von-Coels-Straße / Auf Trimpersfeld -**
hier: Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0363/WP18
- 12 **Bebauungsplan -Reumontstraße / Leonhardstraße-**
hier: Aufstellungsbeschluss A 276 - Konkretisierung der Ziele
Vorlage: FB 61/0365/WP18
- 13 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 14 **Sachstandsbericht zu Ratsantrag 33/21 der SPD-Fraktion vom 03.02.21 "Überarbeitung der Stellplatzsatzung"**
hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 15.03.2022
- 15 **2. Nachtrag zur Stellplatzsatzung der Stadt Aachen vom 14.12.2018**
Vorlage: FB 60/0052/WP18

- 16 **Workshop zur Anpassung des Gestaltungshandbuchs zur Sondernutzungssatzung
hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 16.03.2022**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2022 und 10.03.2022,
nichtöffentlicher Teil**
- 2 **Private Bauvorhaben**
- 3 **Neue Nachbarschaft am Kloster der Elisabethinnen
hier: Beschluss zur Durchführung eines Werkstattverfahrens
Vorlage: FB 61/0364/WP18**
- 4 **Bericht über mögliche oder der Verwaltung bekannte Bauabsichten für Wohnungsbau im
Bereich der unteren Jülicher Straße
TO-Antrag der Fraktion SPD vom 14.03.2022**
- 5 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter*innen von Verwaltung, Öffentlichkeit und Presse.

Zur Tagesordnung liegen keine Änderungswünsche vor.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2022 und 10.03.2022, öffentlicher Teil

Der Ausschuss fasst den folgenden

PLA/15/WP18

Ausdruck vom: 25.05.2022

Seite: 5/20

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 10.02.2022, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei einer Enthaltung wegen Nichtanwesenheit

Da die Niederschrift vom 10.03.2022 noch nicht vorliegt, wird die Genehmigung einvernehmlich vertragen.

zu 3 Aktuelle Vorhaben und Projekte des UKA

hier: Bericht durch Frau Heike Bekaen (Bereichsvorstand Bau und Brandschutz)

Frau Burgdorff führt kurz in die Thematik ein und stellt Frau Bekaen als Bereichsvorstand „Bau und Brandschutz“ im Vorstand der Uniklinik RWTH Aachen vor.

Frau Bekaen informiert den Ausschuss über grundlegende Themen der Kooperation zwischen Uniklinik und Stadt Aachen sowie über den aktuellen Sachstand der laufenden Projekte. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.

Auf Nachfragen aus dem Ausschuss betont sie die Bereitschaft, im Hinblick auf die anstehenden Genehmigungsverfahren nach §34 BauGB einen gemeinsamen Weg zu finden, um Varianten aufzuzeigen und städtebauliche Qualitäten zu sichern. Auch Nachhaltigkeitsthemen und die sektoralen Klimaschutzziele habe man insbesondere im Neubaubereich auf der Agenda. Um hier deutlich voranzukommen benötige man jedoch noch Zeit, da vorrangige akute Prioritäten abzuarbeiten seien.

Herr Plum betont die großen Fortschritte in der Kooperation zwischen Uniklinik und Stadt. Der gelungene Bau des Parkhauses zeige, wie man beispielsweise mit einem Fassadenwettbewerb ein sehr gutes Ergebnis mit vertretbarem Aufwand erreichen könne.

Herr Hucke spricht Frau Bekaen abschließend den Dank des Ausschusses für das Engagement und die kooperative Zusammenarbeit aus. Man begrüße den Austausch und hoffe, im Hinblick auf die weitere Umsetzung des Masterplans auf eine regelmäßige Kommunikation.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

zu 4 Bewerbung der Stadt Aachen für die EU-Mission „100 Climate-Neutral and Smart Cities by 2030“

Vorlage: FB 36/0140/WP18

Für die Fraktion der Grünen begrüßt Frau Brinner die Bewerbung der Stadt Aachen als wichtigen Schritt auf dem Weg zur Klimaneutralität. Man müsse alle Möglichkeiten ausnutzen, dieses Ziel bis 2030 doch

PLA/15/WP18

Ausdruck vom: 25.05.2022

Seite: 6/20

noch zu erreichen, die Teilnahme an dem EU-Förderprogramm könne dabei eine wertvolle Unterstützung bieten.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Sachstand zur Bewerbung für das EU-Mission „100 Climate-Neutral and Smart Cities by 2030“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 5 Sachstandbericht Beteiligung Aachens als Standort für die Internationale Bau- und Technologieausstellung (IBTA); (TO-Antrag der GRÜNE Fraktion vom 20.12.2021 / GRÜNE-Ratsantrag Nr. 18/2021 vom 20.04.2021)

Vorlage: FB 02/0126/WP18

Für die Fraktion der Grünen dankt Frau Dörter der Verwaltung für die Vorlage. Mit dem beginnenden Strukturwandel müsse die Frage gestellt werden, welchen Beitrag Technologie leisten könne, um Aachen als Wissensstandort mit Benefit für die gesamte Region zu positionieren. In diesem Sinne halte man die Beteiligung Aachens an der Internationalen Bau- und Technologieausstellung für wichtig und wolle die Verwaltung daher entsprechend beauftragen.

Für die CDU-Fraktion signalisiert auch Herr Baal Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Vor dem Hintergrund der Entwicklungskulisse Rheinisches Revier sehe man einen akuten Handlungsbedarf für Aachen, um Fördermittel einwerben und mit dem Ziel einsetzen zu können, konkrete Ergebnisse und Verbesserungen für die Bevölkerung zu erreichen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft und Regionalentwicklung, die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen und diese zu beauftragen, weiterhin die Aktivitäten rund um die Internationale Bau- und Technologieausstellung zu verfolgen, Anknüpfungspunkte zu identifizieren und Aachener Projekte in den Prozess mit einzubringen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 6 Handlungskonzept Wohnen

Vorlage: FB 56/0164/WP18

Herr Frankenberger erläutert ausführlich die Vorlage der Verwaltung. (Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.)

Für die SPD-Fraktion dankt Herr Plum der Verwaltung und allen an der Erarbeitung des Konzepts Beteiligten für ihr großes Engagement. Man habe in Aachen schon einige Handlungsfelder besetzt und Beschlüsse gefasst, die landesweit Vorbildcharakter hätten. Dennoch bleibe der Handlungsdruck hoch, man müsse die Anstrengungen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum weiter verstärken. Wichtige Handlungsfelder seien dabei aus Sicht der SPD-Fraktion insbesondere die soziale Wohnraumversorgung und der öffentlich geförderte Wohnungsbau, die in diesem Bereich existierenden Instrumente müssten optimiert und ergänzt bzw. weiter ausgebaut werden.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Baal, dass man die Vorlage der Verwaltung so mittragen könne. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sei eine besondere öffentliche Aufgabe, die allerdings nicht mit der Verabschiedung eines Konzepts erledigt sei. Auch wenn man alle zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumente einsetze, müsse man erkennen, dass der bereits bestehende Wohnraumbedarf auf Aachener Stadtgebiet nicht abzubilden sei. Qualitative Abstriche im Wohnungsbau wolle man nicht in Kauf nehmen, man sehe aber einen Lösungsansatz in einer intensiveren regionalen Zusammenarbeit. Hier bitte man die Verwaltung, ihre Anstrengungen zu verstärken.

Für die Fraktion der Grünen sieht Frau Dörter den Handlungsbedarf klar aufgezeigt, bezahlbarer Wohnraum werde dringend benötigt. Den vorhandenen Instrumentenkasten müsse man auf der Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtung zum Einsatz bringen. Da die zur Verfügung stehende Fläche endlich sei, müsse man einerseits den Betrachtungsraum auf die EuRegio ausweiten, aber auch das Flächenmanagement proaktiv angehen.

Für die Fraktion Die Linke äußert Herr Beus große Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung. Es gelte, eine nachhaltige Entwicklung in Gang zu setzen, um Einfluss darauf nehmen zu können, wie und zu welchem Preis Wohneinheiten dem Markt zur Verfügung stünden. Einen eigenen Bestand aufzubauen, um ein günstiges Angebot zu schaffen, sei mühsam und schwierig, angesichts des immensen Handlungsdruck sei es jedoch geboten, alle Möglichkeiten, die einer Kommune zur Verfügung stünden zu nutzen. Dabei müsse man auch alternative Wohnformen ins Auge fassen, zudem sei eine Kooperation mit dem Umland unerlässlich. Ein wichtiger Aspekt sei zudem, bei Wohnbauprojekten eine zeitgemäße Mobilität mitzudenken.

Nach einer ausführlichen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Breuer, Frau Dörter, die Herren Plum, Baal und Beus sowie seitens der Verwaltung Herr Frankenberger beteiligen, fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, mit dem Ziel der Sicherung und Schaffung von bezahlbarem und bedarfsgerechtem Wohnraum, das Handlungskonzept Wohnen in vorliegender Ausführung zu beschließen und mit der Prüfung, Umsetzung und Anwendung der im Handlungskonzept aufgeführten Instrumentarien zu beginnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

PLA/15/WP18

Ausdruck vom: 25.05.2022

Seite: 8/20

zu 6.1 Ergänzende Anlage zum Handlungskonzept Wohnen

Vorlage: FB 56/0170/WP18

Herr Plum berichtet, dass der Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss die Vorlage so spät erhalten habe, dass eine inhaltliche Befassung damit nicht möglich gewesen sei, insofern sei lediglich eine Kenntnisnahme erfolgt. Im Sinne einer respektvollen Zusammenarbeit bitte man die Verwaltung dringend, fristgerecht vollständige und fehlerfreie Unterlagen zur Verfügung zu stellen und so eine vernünftige Beratung zu ermöglichen.

Für die Fraktion Die Linke vertritt Herr Beus die Auffassung, dass das Papier der Initiative Aachen keine Grundlage für eine konstruktive Zusammenarbeit bieten könne. Die dort unterbreiteten Vorschläge stellten eine unzulässige Einmischung sowohl in politische Entscheidungsprozesse als auch in Verwaltungshandeln dar, zudem stehe man der grundsätzlichen inhaltliche Ausrichtung sehr kritisch gegenüber.

Für die CDU-Fraktion spricht sich Herr Baal dafür aus, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung so nicht zu folgen, sondern die Verwaltung zu bitten, die Vorlage zu TOP 6 und 6.1 bis zum Ratsbeschluss in geeigneter Art und Weise zusammenzuführen. Eine Aufnahme in das Handlungskonzept könne man so pauschal nicht mittragen.

Für die Fraktion der Grünen stellt auch Frau Dörter klar, dass man eine Aufnahme bzw. Einarbeitung in das Handlungskonzept Wohnen so nicht beauftragen wolle.

Herr Hucke schlägt vor, die ergänzende Anlage wie im Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 7 Standortentwicklung Schleidener Straße | Ecke Montebourgstraße in Walheim;

hier: Sachstandsbericht | Kooperation mit der RWTH Aachen | Ergebnis des Studierendenwettbewerbs

Vorlage: FB 61/0355/WP18

Herr Baal weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/ Walheim den TOP nicht behandelt habe, da in der Sitzung keine Vorstellung des Projekts durch die Verwaltung erfolgen konnte. Er bittet darum, dies nachzuholen und schlägt vor, die Beratung im Planungsausschuss zu vertagen, bis die Beratung im Bezirk erfolgt sei.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss erläutert Frau Strehle, dass durch eine Verschiebung keine nachteiligen Auswirkungen auf das Projekt zu befürchten seien. Man befinde sich in Gesprächen mit dem Vorhabenträger und bereite das weitere Verfahren vor.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Die Beratung des Tagesordnungspunktes wird verschoben, bis die Vorstellung des Projekts in der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/ Walheim erfolgt ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 8 Altstadtquartier Büchel

hier: Variantendiskussion

Frau Burgdorff stellt den aktuellen Arbeitsstand der beiden Planungsvarianten „geteilte Wiese“ und „offene Wiese“ vor und gibt einen Ausblick auf die anstehenden Verfahrensschritte. Herr Vogt informiert den Ausschuss über die Planungen zur Zwischenzeit.

(Die den Vorträgen zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung.)

Herr Baal dankt allen Beteiligten am Prozess Beteiligten und stellt fest, dass mit jeder Überarbeitung sei eine Verbesserung sichtbar werde. Dies sei eine Bestätigung dafür, dass der eingeschlagene Weg richtig sei. Inzwischen habe sich in der CDU-Fraktion eine Präferenz für die „offene Wiese“ herausgebildet, da diese einige für den Erfolg des Projekts möglicherweise entscheidende Vorteile biete: Es ließe sich eine größere zusammenhängende Fläche entsiegeln, die Thermalquellen könnten besser zur Geltung gebracht werden und im Hinblick auf den 2. Bauabschnitt böten sich bessere Entwicklungsmöglichkeiten an der Nikolausstraße. Zudem könne man den Übergang zur Rückseite der Antoniusstraße und den Zugang zum Londoner Hof besser gestalten.

Für die Fraktion Die Linke signalisiert Herr Beus ebenfalls eine Präferenz für die offene Wiese. Mit jedem Schritt habe man mehr Klarheit und mehr Qualität gewonnen, und dieser Entwurf komme dem Versprechen von „Wiese“ am nächsten. Es komme nun darauf an, die Stärken dieses Entwurfs zu nutzen, und mit der anstehenden Zwischenzeit habe man nun die fantastische Chance, die Fläche zu bespielen und zum Leben zu erwecken.

Frau Dörter erklärt, dass auch die Fraktion der Grünen die Tendenz zur „offenen Wiese“ teilten. Man sei gespannt, welche Entwicklungsschritte in den nächsten Monaten realisiert werden könnten und hoffe, dass man die Erfahrungen aus der Zwischenzeit gewinnbringend in den Freiraumwettbewerb einbringen könne.

Für die SPD-Fraktion vertritt Herr Küppers die Auffassung, dass beide Entwürfe großes Potential hätten. Letztlich entscheidend sei jedoch die Möglichkeit, eine große Fläche für die zukünftige Nutzung zur Verfügung stellen zu können und dies sei in der Variante „offene Wiese“ am besten realisierbar. Für die Zwischenzeit hoffe man, die Aachener Stadtgesellschaft mit diesem Ort versöhnen und auf den weiteren Weg mitnehmen zu können.

Für die Fraktion Die Zukunft spricht sich auch Herr Allemand für die Weiterverfolgung der Variante „offene Wiese“ aus. Dieser Entwurf habe sich im Planungsprozess sehr gut entwickelt und an Reife gewonnen, so dass man zuversichtlich sei, auf dieser Grundlage die Aufwertung des gesamten Bereichs in Gang setzen zu können. Wichtig sei dabei aber auch, dass man die angrenzende Bebauung nicht zu massiv werden lasse und mit guter Architektur ausstatte, dann könne hier ein qualitätvoller neuer Ort entstehen.

Herr Helg schließt sich im Grundsatz seinen Vorrednern an und berichtet, dass die fraktionsinterne Abstimmung in der FDP-Fraktion zwar noch nicht angeschlossen sei, es aber ebenfalls eine Tendenz zur „offenen Wiese“ gebe.

Frau Burgdorff dankt dem Ausschuss für das Meinungsbild, dass man als Grundlage für die Vorbereitung der Entscheidung über die Zielvariante am 05.05.2022 mitnehme.

Herr Hucke stellt abschließend fest, dass sich der Prozess weiterhin auf gutem Weg befinde und dankt allen Beteiligten für die kollegiale Zusammenarbeit.

Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

zu 9 Bebauungsplan Nr. 997 -Kurbrunnenstraße/Bachstraße-

hier:

- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB**
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (2) BauGB**
- Empfehlung zum Satzungsbeschluss**

Vorlage: FB 61/0353/WP18

Für die Fraktion Die Linke kündigt Herr Beus Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung an. Neben der Sicherung eines 3. Gleises sei die perspektivisch mögliche Wegeverbindung von der Südseite des Hauptbahnhofs Richtung Moltkebahnhof und Vennbahn als weiterer positiver Effekt dieses Bebauungsplanes zu benennen. Weniger positiv stelle sich allerdings die Situation um die Parkpalette dar, hier bitte man die Verwaltung dringend, für eine gestalterische Aufwertung zu sorgen.

Frau Breuer weist auf den Beschluss der Kommission Barrierefreies Bauen hin. Auch wenn diese Anregungen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens nicht beschlossen werden könnten, sei es wichtig, sie in die weitere Planung einzubeziehen.

Herr Hucke weist abschließend auf den Denkmalstatus des Viadukts hin und bittet darum, im weiteren Prozess eine rücksichtsvolle Behandlung sicherzustellen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der öffentlichen Auslegung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden zur öffentlichen Auslegung, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen und den Bebauungsplan Nr. 997 -Kurbrunnenstraße/Bachstraße- gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 992 - Roermonder Straße / Rütcher Straße - hier:

- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB
- Bericht über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB
- Aufstellungs- und Offenlagebeschluss

Vorlage: FB 61/0356/WP18

Für die Fraktion Die Linke stellt Herr Beus fest, dass die Überarbeitung des städtebaulichen Konzepts aus seiner Sicht in Teilen nicht gelungen sei, insbesondere die Realisierung von Einfamilienhäusern an diesem Standort halte man für eine Fehlentwicklung. Angesichts des dringenden Bedarfs an öffentlich gefördertem Wohnraum werde man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung heute dennoch zustimmen. Zu kritisieren sei dabei aber, dass die geförderten Wohnungen alle in der schlechtesten Lage direkt an der Roermonder Straße vorgesehen seien. Dies könne man besser organisieren und man bitte die Verwaltung, in diesem Sinne nochmals Gespräche mit dem Vorhabenträger zu führen.

Für die Fraktion der Grünen erklärt Frau Dörter die Bereitschaft, aufgrund der sichtbaren Weiterentwicklung und Verbesserung des Entwurfs nun die Offenlage zu beschließen. Der Anregung der Linken bezüglich der Verteilung der öffentlich geförderten Wohneinheiten könne man sich anschließen, zudem bitte man sicherzustellen, dass tatsächlich alle Dachflächen begrünt würden.

Für die SPD-Fraktion weist Herr Plum darauf hin, dass mit diesem Verfahren 139 dringend benötigte Wohneinheiten geschaffen werden könnten. Man wolle das Verfahren nicht weiter verzögern und plädiere

dafür, den Offenlagebeschluss heute zu fassen. Verhandlungen mit dem Vorhabenträger über Optimierungen unterstütze man, sofern hierdurch kein Zeitverlust entstehe.

Frau Ohlmann sagt zu, mit dem Vorhabenträger über eine andere Verteilung der öffentlich geförderten Wohneinheiten zu verhandeln. Um eine Dachflächenbegrünung auch für die Reihenhäuser im Fall von Einzelgenehmigungen sicherzustellen, sei eine Konkretisierung der schriftlichen Festsetzungen sinnvoll, die der Ausschuss heute mit beschließen könne.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Bürger sowie der Behörden, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Er beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zur Innenentwicklung nach § 13 a BauGB Nr. 992 - Roermonder Straße / Rütcher Straße - in der vorgelegten Fassung mit der Maßgabe, die schriftlichen Festsetzungen zum Thema „Dachbegrünung“ so zu konkretisieren, dass das Planungsziel der Begrünung für alle Dachflächen im Plangebiet erreicht wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1002 - Von-Coels-Straße / Auf Trimpersfeld -
hier: Aufstellungs- und Offenlagebeschluss**

Vorlage: FB 61/0363/WP18

Für die Fraktion der Grünen berichtet Frau Vogelheim über die Beratung der Bezirksvertretung Aachen-Eilendorf, die die Planung sehr positiv beurteilt habe. Hervorheben wolle man vor allem das regenerative Energiekonzept und ein alternatives Herangehen an das Thema Mobilität mit der Bündelung der Stellplätze in einem Parkdeck. Insgesamt sei es gelungen, mehr Raum für die Wohnnutzung zu gewinnen, was man ausdrücklich begrüße.

Herr Schaadt regt an, das Bebauungsplanverfahren zur südlich der Steinstraße parallel auf den Weg zu bringen, damit der gesamte Bereich im Zusammenhang entwickelt werden könne.

Frau Strehle sagt dies zu.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Bürger*innen sowie der Behörden, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschließt er die Aufstellung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zur Innenentwicklung nach § 13 a BauGB Nr. 1002 - Von-Coels-Straße / Auf Trimpersfeld - in der vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 12 Bebauungsplan -Reumontstraße / Leonhardstraße-

hier: Aufstellungsbeschluss A 276 - Konkretisierung der Ziele

Vorlage: FB 61/0365/WP18

Auf Nachfrage von Herrn Plum erläutert Frau Ohlmann, dass eine Änderung oder Konkretisierung der städtebaulichen Zielsetzungen im Bebauungsplanverfahren keine Auswirkungen auf die Bestandskraft der Vorkaufsrechtssatzung habe.

Für die Fraktion der Grünen dankt Frau Dörter der Verwaltung für den strategisch richtigen Ansatz und signalisiert Zustimmung zur Vorlage.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB zur Sicherung nachfolgender Ziele der Bauleitplanung

- Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung
- Schaffung von Planungsrecht für eine Wohnbebauung, bei der die Quote des öffentlich geförderten Wohnungsbaus über die grundsätzlich festgelegte Quote von 40% nach Quotenbeschluss hinausgeht und entsprechend angepasst an die kleinräumigen Bedarfe zwischen 50 - 60 % öffentlich geförderte Wohnfläche beträgt

die Ziele des Aufstellungsbeschlusses A 276 für das Grundstück Leonhardstraße 29, zwischen Reumontstraße, Gottfried-Dossing-Platz und Leonhardstraße, im Stadtbezirk Aachen-Mitte entsprechend zu konkretisieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 13 Mitteilungen der Verwaltung

Tag der Städtebauförderung am 14.05.2022

Frau Burgdorff kündigt an, dass die Verwaltung für diesen Tag zahlreiche Programmpunkte vorbereite, konkrete Informationen werde man zeitnah bereitstellen.

zu 14 Sachstandsbericht zu Ratsantrag 33/21 der SPD-Fraktion vom 03.02.21 "Überarbeitung der Stellplatzsatzung"

hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 15.03.2022

Frau Burgdorff berichtet für die Verwaltung über den aktuellen Stand der Überarbeitung der Stellplatzsatzung. Von vielen Seiten würden aktuell unterschiedliche Anforderungen an die Weiterentwicklung der Satzung gestellt, neben städtebaulichen Aspekten seien auch eine Reihe von mobilitätsfachlichen Fragestellungen zu beantworten. Über allem stünde dabei die Rechtssicherheit. Man befinde sich im Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen und plane angesichts der Komplexität der Materie zudem, eine externe Beratung in Anspruch zu nehmen.

Für die SPD-Fraktion erläutert Herr Plum kurz den Hintergrund des Antrags. Man halte eine inhaltliche Beratung dazu für dringend erforderlich und bitte die Verwaltung darum, dies zeitnah auf Basis einer aussagekräftigen Vorlage zu ermöglichen.

Herr Hucke stellt abschließend fest, dass es aus Sicht des Ausschusses sinnvoll und wünschenswert sei, alle zum Thema "Stellplatzsatzung" vorliegenden Ratsanträge in die Beratung zu bringen, damit der Planungsausschuss sich hierzu inhaltlich positionieren und einen Beschluss fassen könne, der dann in die Überarbeitung der Stellplatzsatzung einfließen könne.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

zu 15 2. Nachtrag zur Stellplatzsatzung der Stadt Aachen vom 14.12.2018

Vorlage: FB 60/0052/WP18

Auf Nachfrage von Frau Dörter erläutert Frau Clemens, dass der Begriff der „zumutbaren Entfernung“ durch Rechtsprechung belegt und nicht frei interpretierbar sei. Auch der neue Gesetzesentwurf unterscheide zwischen den Nutzungsarten Wohnen und Gewerbe.

Herr Plum plädiert dafür, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschluss heute zu fassen und das Thema im Zuge der anstehenden generellen Überarbeitung der Satzung nochmals aufzugreifen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss empfiehlt dem Rat, den beigefügten 2. Nachtrag zur Stellplatzsatzung der Stadt Aachen vom 14.12.2018 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 16 Workshop zur Anpassung des Gestaltungshandbuchs zur Sondernutzungssatzung hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 16.03.2022

Frau Strehle berichtet kurz für die Verwaltung und betont, dass man den Vorschlag auf Durchführung eines Workshops mit allen Beteiligten gerne aufgreifen werde. Eine gute inhaltliche Vorbereitung erfordere jedoch zeitliche und personelle Ressourcen, die man erst in 2023 aufbringen könne.

Für die CDU-Fraktion erläutert Frau Breuer den Hintergrund des Antrags und verweist auf die Forderungen der Gastronomie, die auch an die Politik herangetragen würden. Eine zeitgemäße Überarbeitung der aktuellen Regelungen sei überfällig und angesichts der Pandemie-Folgen umso dringender. In den letzten Jahren habe man viele personelle Ressourcen im Planungsbereich der Verwaltung bereitgestellt, man halte es für sehr sinnvoll, diese auch hier einzusetzen.

Herr Kühn schlägt vor, in diesem Jahr zumindest noch eine Auftaktveranstaltung zu organisieren.

Herr Hucke stellt zusammenfassend fest, dass die Auslastung der Planungsverwaltung zu bedenken, der Handlungsbedarf jedoch ebenfalls unstrittig sei. Man bitte daher die Verwaltung darum, alles zu versuchen, um das Thema zeitnah anzupacken.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, für das Projekt „Neue Nachbarschaft am Kloster der Elisabethinnen“ ein kooperatives Werkstattverfahren durchzuführen und den Auftrag zur Erarbeitung der Aufgabenstellung als Grundlage für dieses Verfahren zu beschließen.

Der Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Letter of Intent mit der Ordensgemeinschaft der Elisabethinnen e.V. abzuschließen als Grundlage für die Entwicklung des Klostergartens.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 4 Bericht über mögliche oder der Verwaltung bekannte Bauabsichten für Wohnungsbau im Bereich der unteren Jülicher Straße

TO-Antrag der Fraktion SPD vom 14.03.2022

Herr Plum erläutert kurz den Hintergrund des Hintergrund des Tagesordnungsantrags und berichtet, dass Investoren offensichtlich Interesse an einer Wohnbauentwicklung signalisiert hätten.

Frau Strehle erklärt, dass in den vergangenen Jahren gelegentlich solche Absichten an die Verwaltung herangetragen worden seien, deren Realisierung im Bereich der hochwertigen GI- bzw. GE-Flächen hier jedoch nicht möglich sei. Aktuell seien der Verwaltung allerdings keine Vorhaben bekannt.

Herr Hucke weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine Wohnbauentwicklung an der Wurm eventuell im Rahmen des AACHEN Kompass untersucht werden könne.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung:

Sanierungssatzung für den Bereich Altstadtquartier Büchel

Frau Burgdorff gibt einen kurzen Sachstand zum Verfahren und kündigt an, dass die Verwaltung die abschließende Beschlussfassung für Juni vorbereite.

Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.

Um 20:15 Uhr schließt der Vorsitzende die Sitzung.

PLA/15/WP18

Ausdruck vom: 25.05.2022

Seite: 19/20